

Zehn Fragen an Parteien zur Abgeordnetenhauswahl 2006

1. Die politischen Entscheidungskompetenzen werden sich in den nächsten Jahren vom Bund auf die Länder verlagern. Über die Eckpunkte der Föderalismuskommission haben sich die Koalitionspartner auf Bundesebene verständigt; die Ministerpräsidenten der Länder haben den Vorschlägen zugestimmt.

a) Wie soll Ihrer Auffassung nach die Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen des Landes im Ländervergleich gefördert werden?

b) Welche Maßnahmen sehen Sie zur Sicherung der Mobilität der Studierenden und Lehrenden über Bundesländergrenzen vor?

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
<p>Die Berliner Hochschulen sind insgesamt konkurrenzfähig und gut aufgestellt. Nicht zuletzt die Exzellenzinitiative hat das gezeigt. Wir wollen, dass das so bleibt. Wir setzen uns deshalb für einen Hochschulfinanzausgleich ein, um die Kosten der Ausbildung zwischen den Bundesländern gerechter zu verteilen. Außerdem halten wir die Einführung von Studienkonten für ein geeignetes Mittel, um die Qualität der Lehre zu verbessern und zugleich Studierende zu einem schnelleren Studium zu bewegen. Im übrigen bleibt es dabei, dass die Hochschul- und Forschungslandschaft Berlin ein herausragendes Standortmerkmal ist, das wir weiter fördern wollen. Mit den Hochschulverträgen haben wir den Hochschulen die erforderliche Planungssicherheit eingeräumt. Wir werden diese Hochschulverträge auch künf-</p>	<p>a) Das Berliner Hochschulgesetz muss auf Grundlage der Erfahrungen mit den derzeit praktizierten Öffnungsklauseln novelliert werden, damit die Handlungsfähigkeit der Hochschulen verbessert und die Studienqualität durch die Einrichtung neuer Studiengänge gesteigert werden können. Synergieeffekte durch Kooperationen von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft müssen ausgebaut und gefördert werden, damit der eingeleitete Strukturprozess sich zu einem Wettbewerbsvorteil für den Wissenschaftsstandort Berlin fortentwickeln kann. Der angekündigte Hochschulpakt 2020 muss dabei als Instrument für die Erweiterung der Studienkapazitäten und deren qualitativen Verbesserung genutzt werden und nicht als Begründung für den Abbau von Studienplatzkapazitäten missbraucht</p>	<p>a) Wir werden die erweiterten Spielräume der Landesgesetzgebung nutzen, um den Hochschulen mehr Autonomie einzuräumen. Gleichzeitig soll durch eine gesetzliche Festschreibung der Hochschulverträge ihre finanzielle Basis gesichert werden. Das System der leistungsbezogenen Mittelvergabe werden wir weiter entwickeln, um die angestrebten hochschulpolitischen Ziele (Verbesserung der Lehre, Erhöhung der Forschungstätigkeit, Gleichstellung) besser zu erreichen. Diese Maßnahmen werden der Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen insgesamt zu Gute kommen. Die Fachhochschulen sollen in Zukunft den Namen „Hochschulen des Landes“ tragen, um ihre Gleichwertigkeit im Verbund der Hochschularten zu verdeutlichen. Der Fachhochschulfonds, dessen Verlängerung gegen den Wider-</p>	<p>Wichtig für die Förderung und den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit der Berliner Hochschulen sind zuallererst angemessene und stabile Rahmenbedingungen – also vor allem verlässliche Hochschulverträge, die gesetzlich abgesichert und nicht, wie 2003 geschehen, einseitig durch das Land gekündigt werden, sowie eine Politik, die nachvollziehbar und konsequent ist. Dazu gehört für Bündnis 90/Die Grünen auch, dass dringend die BerlHG-Novelle angegangen werden muss, statt kleckerweise aus aktuellem Anlass Einzelpunkte zu regeln, und eine Reform der Personalstruktur, die wissenschaftsangemessene Personalkategorien enthält und unterschiedliche Karrierewege fördert sowie die Durchlässigkeit zwischen Hochschule und Wirtschaft, inner- und außeruniversitärer Forschung und die internationale und na-</p>	<p>Die FDP ist der Auffassung, dass Politik sich im Bereich von Wissenschaft und Forschung auf die Ausgestaltung von günstigen Rahmenbedingungen beschränken sollte. Dazu gehört neben einer verlässlichen öffentlichen Finanzierung die Wahrung bzw. der Ausbau der Hochschulautonomie. Die FDP setzt sich für eine grundlegende Neugestaltung des Berliner Hochschulgesetzes ein. Den Hochschulen soll mehr Freiraum bei der Ausgestaltung ihrer Leitungs- und Entscheidungssysteme gegeben werden. Sie sollen Verantwortung erhalten, um ihre wissenschaftlichen Strukturen selbst zu entwickeln, Professoren selbst zu berufen, Wissenschaftstarifverträge abzuschließen und Studienentgelte für ihre Lehrangebote zu erheben. Die FDP will institutionelle oder staatliche Zugangssper-</p>

<p>tig als Finanzierungsmittel nutzen, um nicht zuletzt die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.</p>	<p>werden.</p> <p>b) Grundsätzlich ist durch den Bologna-Prozess die Mobilität bei akkreditierten Studiengängen gesichert und sollte deshalb über einen KMK-Beschluss ohne Einschränkung regelbar sein. Die Mobilität der Lehrenden wird vornehmlich im qualitativen Wettbewerb entschieden und sollte weder national noch international durch bürokratische Hürden behindert werden. Darum müssen alle staatlichen Förder- und Unterstützungsmaßnahmen die Stärkung des Wissenschaftsstandort Berlin im Auge haben und so zur verbesserten Wettbewerbssituation beitragen.</p>	<p>stand der Universitäten durch den Wissenschaftssenator durchgesetzt wurde, hat bereits dazu geführt, dass die Fachhochschulen ihr Fächerspektrum innovativ erweitert haben und ihre Studienplatzzahlen aufstocken konnten. Die Berliner Fachhochschulen stehen im Bundesvergleich sehr gut da. Dies zeigen die Ergebnisse des AKL für Fachhochschulen.</p> <p>Für die FHTW als Berlins größter Fachhochschule konnte die Finanzierung eines Zwei-Standort-Modells mit dem Neubau des Campus Oberschöneweide gesichert werden.</p> <p>Den Weg der Stärkung der Fachhochschulen als standortbezogene, anwendungsorientierte Lehrinrichtungen werden wir konsequent weitergehen und so ihre Konkurrenzfähigkeit stärken.</p> <p>b) Wir begrüßen einen regen Austausch von Studierenden und Lehrenden über Ländergrenzen hinweg. Deshalb sprechen wir uns grundsätzlich für weitergehende Kompetenzen des Bundes aus. Sollte die Gesamtreform in der derzeit diskutierten Form verabschiedet werden, setzen wir uns für staatsvertragliche Regelungen in den wichtigen, bisher vom HRG erfassten</p>	<p>tionale Mobilität stärkt statt wie bislang behindert.</p>	<p>ren zum Hochschulstudium abbauen. Wir sprechen uns dafür aus, dass Studierende sich künftig ihre Hochschulen und die Hochschulen ihre Studierenden auswählen sollen. Die Ausgestaltung der Aufnahmeregelung soll den Hochschulen überlassen werden. Um die Mobilität der Studenten zu erhöhen und ein effektives Studieren zu unterstützen, fordern die Liberalen ein auf die Bedürfnisse der Studierenden abgestimmtes System der finanziellen Förderung (Studierendenkredite; Fortentwicklung des BAFöG).</p>
--	---	---	--	--

		Bereichen ein. Dazu gehören insbesondere der Studienzugang und die Studienabschlüsse. Zur Frage der nationalen Mobilität der Studierenden verweisen wir auf die Frage 6.		
--	--	--	--	--

2. Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau soll entfallen. Die Förderung von Großgeräten und Vorhaben nationaler Exzellenz sollen Gemeinschaftsaufgabe bleiben bzw. werden. Bisher waren Hochschulbau und Großgeräteanschaffung für die Länder bzw. Hochschulen auf Grund des hälftigen Bundeszuschusses finanziell attraktiv. Insbesondere die Großgerätebeschaffung war für die Fachhochschulen von besonderer Bedeutung, um die Aktualität von Lehre und Forschung zu sichern. Aus dem verminderten globalen Staatszuschuss können die Fachhochschulen den 50%tigen Landesanteil nicht zusätzlich aufbringen; wesentlicher Ersatz und Neuinvestitionen in Anlagen und Geräte für Lehre und Forschung sind nicht finanzierbar. Zusätzliche Mittel – staatliche und ggf. private – müssen hinzutreten.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um insbesondere die Fachhochschulen in die Lage zu versetzen die Infrastruktur in der Lehre (z. B. Einsatz multimedialer Hard- und Software oder moderner Laboranlagen und -geräte bei immer kürzeren Innovationszyklen) zu aktualisieren und hierzu auch Mittel Dritter einzuwerben?

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
Der Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau bedeutet für Berlin einen herben Verlust. Allerdings gibt es auch aus Sicht der Berliner SPD zur Föderalismusreform insgesamt keine Alternative. Wir werden daher mit den Ergebnissen umgehen müssen. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen darf allerdings darunter nicht leiden. Wir werden daher gemeinsam mit den Hochschulen Maßnahmen zur Abfederung entwickeln.	Auch nach der föderalen Neuordnung werden alle Bundesländer bis zum Jahr 2013 Hochschulbauförderungsmittel vom Bund erhalten, allerdings über deren Einsatz selbst entscheiden können. Damit diese Bundeszuschüsse, und der bisherige Kofinanzierungsanteil des Landes auch tatsächlich für die Hochschulen eingesetzt wird, muss hierfür ein Zweckbindungsgesetz verabschiedet werden. Darüber hinaus muss in den Hochschulverträgen ab 2010 die Neu-, Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen geregelt werden. Eine verbreiterte Basis für die zukünftige Hoch-	Wir haben den schrittweisen Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau als Linkspartei.PDS immer kritisiert. Es droht ein Rückfall in die Kleinstaaterei in der Forschungs- und Baufinanzierung, die dazu führen wird, dass sich finanzstärkere Länder deutliche Vorsprünge in der Finanzierung von Hochschulbauten sichern können. Bis 2013 ist eine Übergangsfrist vorgesehen, in der weiterhin 70 % der bisherigen Mittel vom Bund fließen werden, wobei der Verteilungsschlüssel Berlin zusätzlich benachteiligt. Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, den Verteilungs-	Bündnis 90 / Die Grünen haben sich gegen den Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe gestellt. Wir haben stets kritisiert, dass der Senat den extrem südlastigen Verteilungsschlüssel für die Restmittel bis 2013 akzeptiert hat. Zwar war ein neues Verfahren ohne Zweifel nötig, die Tatsache der gemeinsamen Finanzierung war aber sinnvoll und dringend notwendig. Nun muss Berlin sich im Rahmen des Hochschulpaktes dafür einsetzen, dass Länder, die gute Hochschulbildung anbieten, darunter finanziell nicht leiden müssen. Impulse für gute Lehre und für die Einwerbung von	Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die Fachhochschulen mehr und bessere Möglichkeiten erhalten, mit Partnern aus Forschung und Wirtschaft zu kooperieren oder selbst unternehmerisch tätig werden können. In diesem Zusammenhang wollen wir den Berliner Hochschulen einen Rechtsformwechsel (Stiftungsuniversität) ermöglichen.

	<p>schulfinanzierung ist dabei zu ermöglichen. Ausdrücklich muss eine weitere Öffnung für Drittmittel und Sponsoren geschaffen werden, die Forschungsprojekte auf Vollkostenfinanzierung umgestellt werden und ein Studienbeitrag erhoben werden.</p>	<p>schlüssel für die Kompensationszahlungen auf den Indikator Studierendenzahl umzustellen. Berlin würde in diesem Fall mit 15,5 Mio. Euro mehr im Jahr rechnen können. Weiterhin begrüßen wir, dass das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich nicht mehr Bestandteil des Reformpaketes und ein zusätzliches Engagement des Bundes weiterhin möglich sein wird.</p>	<p>Drittmitteln könnten von einem „Exzellenzwettbewerb“ für Lehre ausgehen, der allerdings nicht auf die Universitäten beschränkt sein darf.</p> <p>Kritisch ist, dass in der angespannten aktuellen Finanzlage insgesamt der Anteil am Hochschulbudget für Sachausgaben, die dann in die von Ihnen genannten Labors und IT-Ausstattung für den Einsatz in der Lehre, aber auch Bibliotheken usw. gehen könnten, immer wieder absinken. Hier kann auf Dauer nur Abhilfe geschaffen werden, wenn es einerseits gelingt, dauerhaft das Geben von Drittmitteln für Lehre attraktiv zu machen. Auch hier liegt eine Aufgabe für Wissenschaftspolitik. Andererseits ist eine gewisse Erhöhung der Hochschulbudgets vor allem unter dem Druck, mehr Studienplätze schaffen zu müssen, unabdingbar. Dazu stehen Bündnis 90/Die Grünen.</p>	
--	---	---	---	--

3. Die Rahmengesetzgebung und damit das Hochschulrahmengesetz sollen entfallen. Der Bund soll die Gesetzgebungskompetenz für Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse behalten. Die Länder können hiervon durch Gesetz abweichende Regelungen treffen. Dort wo das Hochschulrahmengesetz für länder-eigene Regelungen zum Beispiel im Bereich der Hochschulorganisation geöffnet wurde, führte dies zu einer unternehmerischen Ausrichtung der Hochschulen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass durch die Verlagerung von Kompetenzen der Kollegialorgane auf monokratische oder oligarchisch strukturierte Leitungsorgane die Identifikation der Professorinnen und Professoren mit ihrer Hochschule beeinträchtigt und die Motivation, die Weiterentwicklung ihrer Hochschule zu fördern, gemindert wird. Insbesondere an den Fachhochschulen nehmen die Professorinnen und Professoren eine zentrale Rolle bei der Studienreform ein. Dies hat nicht zuletzt die zügige Entwicklung von Bachelor und Master Studiengängen an den Berliner Fachhochschulen gezeigt.

Wie sehen Sie die Rolle der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer bei der Gestaltung der Zukunft der Fachhochschulen und deren Kooperation mit der Wirtschaft in Studium und Forschung und Entwicklung?

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
<p>Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sollen auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Fachhochschulen einnehmen. Wir sind der Überzeugung, dass eine demokratische Struktur und eine Kultur der Mitbestimmung für alle Hochschulen in Berlin Leitbild sein sollte. Soweit Kompetenzen von Kollegialorganen verlagert werden, ist das im Rahmen der Hochschulautonomie sicher zulässig, muss aber im Rahmen eines demokratischen Prozesses unter Beteiligung aller Gruppen an der Hochschule erfolgen.</p>	<p>Grundsätzlich stärkt die höhere Eigenverantwortung der Lehrkörper die Profilbildung und Exzellenz der Hochschulen. Die Novelle des Berliner Hochschulgesetzes muss deshalb die notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten der Hochschulen erhalten und für neue Formen der Zusammenarbeit und Finanzierung öffnen</p>	<p>Die Linkspartei.PDS lehnt unternehmerische Präsidialsysteme an öffentlichen Hochschulen ab und wird die Kompetenzen der demokratisch verfassten Selbstverwaltung in einer Novelle des Berliner Hochschulgesetzes (BerHGG) stärken. Die Erfahrungen mit der geltenden Experimentierklausel sollen unter dieser Prämisse eingearbeitet werden. Alle Hochschulmitglieder sind gefordert, die eigene Institution zu stärken und an ihrer Weiterentwicklung zu arbeiten.</p> <p>Die HochschullehrerInnen spielen gerade an Fachhochschulen eine tragende Rolle bei der Entwicklung des Studienangebots, in der Forschung und im Zusammenspiel mit Wirtschaft und Verwaltung. Die Linkspartei.PDS wird weiter an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen arbeiten. Die Lehrverpflichtung der HochschullehrerInnen ist aus unserer Sicht an ihrer oberen Grenze angelangt, wenn die übrigen Aufgaben in Forschung und Selbstverwaltung nicht leiden sollen.</p> <p>Wünschenswert im Sinne des Profils der FH ist ein intensiver Austausch mit der Berufspraxis. Deshalb soll bei Berufungen weiter auf eine praktische Fundierung der Forschungs-</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen haben sich immer für eine sich selbst regelnde und organisierende Hochschule ausgesprochen, die dies unter Mitwirkung aller Beteiligten tut. Unser Ideal ist nicht das „Unternehmen Hochschule“, sondern die Hochschule als gesellschaftliche Institution mit Bildungs-, Forschungs- und Ausbildungsaufgaben, die darüber hinaus die kritische Auseinandersetzung und Reflexion mit Gesellschaft, Wissenschaft und Technik führen soll. Dieser gesellschaftliche Auftrag gilt für alle Hochschulen, und kann nur verwirklicht werden, wenn die innere Verfasstheit der Hochschule auf eine ist, die Kritik, Reflexion und ein Mindestmaß an demokratischer Mitwirkung vorsieht. Ein reines „Präsidialsystem“, dass Entscheidungen vor allem auf Einzelpersonen zentralisiert, lehnen wir ab, sprechen uns aber gleichzeitig für eine weitere Professionalisierung von Verwaltungs- und Managementtätigkeiten im Wissenschaftsbereich aus – auch, um Gremien und vor allem Lehrende zu entlasten, jedoch ohne die akademische Selbstverwaltung ihrer Entscheidungskompetenzen zu berauben</p>	<p>Die FDP ist sich der wichtigen Rolle der Professorinnen und Professoren bei der Ausgestaltung der Zukunft der Hochschulen bewusst. Ihr Einsatz und Engagement ist ein entscheidender Faktor in Hinblick auf das Abschneiden der jeweiligen Hochschule. Eine Festschreibung der Kompetenzen der Kollegialorgane lehnen wir jedoch ab. Wir sehen keinen Zusammenhang zwischen deren Fortbestand und der emotionalen Verbundenheit mit der Hochschule. Eine Gefährdung der Identifikation mit der Hochschule können wir folglich, auch mit Verweis auf die Situation in den USA, nicht erkennen.</p>

		und Lehrtätigkeit geachtet werden.		
--	--	------------------------------------	--	--

4. Die Fachhochschulen sind bei der Aktualisierung ihrer praxisorientierten Lehrinhalte weit mehr als die Universitäten auf die Kooperation mit Unternehmen und Verwaltungen angewiesen. Die Kooperation mit Unternehmen umfasst regelmäßig alle Aufgaben der Fachhochschulen, von der Ausbildung geeigneter Fach- und Führungskräfte über die Weiterbildung und die Zusammenarbeit bei Praxisbetreuung und Abschlussarbeiten bis zum anspruchsvollen F&E-Projekt. Die Forschungsfähigkeit der Fachhochschulen wurde durch das FH³-Programm des Bundes maßgeblich befördert. Allerdings überschreitet der Bedarf an Forschungsförderung für Fachhochschulen die dafür zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem.

Wie wollen Sie den Bedarf an Forschungsförderung der Fachhochschulen und deren Bedarf an Forschungsausstattung decken?

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
Der Bedarf an Forschungsförderung kann nur im Rahmen der vorhandenen Mittel des Landes und innerhalb der Hochschulverträge erfolgen. Steuerungsmodelle, die über die Hochschule hinaus wirken, werden fortgesetzt.	Über die neuen Hochschulverträge sollten die Rahmenbedingungen für den Umfang und die Verteilung der Forschungsförderungsmittel ausgestaltet werden. Die Verteilung selbst sollte nach den Prinzipien der Leistungsparameter untereinander geregelt werden. Die Prioritäten für Forschungsvorhaben sollten jedoch bei den Universitäten liegen.	Die Linkspartei.PDS unterstützt das Vorhaben der Bundesbildungsministerin, ein neues Forschungsprogramm speziell für Fachhochschulen aufzulegen. Eine solche Maßnahme wäre auch im Sinne des Ausgleichs zwischen den Hochschularten gerechtfertigt und stärkt die Leistungsfähigkeit des Fachhochschulsektors. Wir gehen davon aus, dass Berlin mit seinen forschungsstarken Hochschulen überdurchschnittlich profitieren würde. Unser Wissenschaftssenator setzt sich im Rahmen der Verhandlungen um einen Hochschulpakt für ein solches Programm ein.	Die Exzellenzinitiative des Bundes hat die Fachhochschulen ausgeschlossen. Bündnis 90 / Die Grünen haben sich vergeblich dafür eingesetzt, sie aufzunehmen. Nun muss sowohl mit einem zusätzlichen Forschungsförderungsprogramm für die Fachhochschulen als auch mit einem Exzellenzprogramm für die Lehre die Attraktivität der Fachhochschulen gesteigert werden. Sollte im Rahmen des Hochschulpaktes die notwendige Finanzierung von Studienplätzen durch die Herkunftsländer verabredet werden, so würden Berlins Hochschulen insgesamt profitieren – auch wenn die großen finanziellen Probleme der Hochschulen des Landes dadurch keineswegs schlagartig gelöst wären!	Wir wollen den Fachhochschulen die Möglichkeit einräumen, auf gleicher Augenhöhe mit den Universitäten in den Wettstreit um Forschungsmittel zu treten. Ihnen sollen zudem durch die Möglichkeit zur Rechtsformänderung bessere Chancen bei der Kooperation der Wirtschaft, sowie der Vermarktung von F&E-Produkten verschafft werden.

5. Eine besondere Schwachstelle im Qualifizierungsangebot einerseits und im F&E-Umfeld der Fachhochschulen andererseits stellt der fehlende Mittelbau sowie die fehlende Promotionsmöglichkeit der Absolventen dar. Dieser Mangel kann nur zu einem kleinen Teil durch die Masterabsolventen ausgeglichen werden, da das Masterstudium stark strukturiert ist und für die Durchführung der Masterarbeit maximal bis zu 30 Kreditpunkte (was einer Bearbeitungsdauer von ca. 6 Monaten entspricht) vergeben werden können. Forschungsprojekte, die für einen längeren Zeitraum angelegt sind, können unter diesen Umständen nicht durchgeführt werden.

a) Forschung und Entwicklung benötigt Unterstützung durch wissenschaftlichen Mittelbau. Mitarbeiterstellen wurden an den Fachhochschulen trotz geringer Zahl noch weiter reduziert. Werden Sie diesen Prozess umkehren?

b) Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Kooperation der Hochschulen bei F&E-Projekten – auch Hochschularten übergreifend – zu stärken?

c) Wie stehen Sie zur Einführung von Promotionsprogrammen, die nach Zertifizierung durch Agenturen unabhängig von ihrer institutionellen Anbindung angeboten werden können?

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
<p>Es bleibt bis 2009 bei den in den Hochschulverträgen festgelegten Mitteln. Inwieweit in den Folgeverträgen Veränderungen vorzunehmen sind, bleibt zukünftigen Verhandlungen vorbehalten. Insofern ist eine Prozessumkehr derzeit nicht ersichtlich. Die Kooperation der Hochschulen kann nur im Rahmen deren Autonomie erfolgen, die Politik ist allerdings bemüht, Strukturen zu schaffen, mit denen die Zusammenarbeit erleichtert wird. Soweit gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen sind, können diese nur allgemeine Vorgaben machen, die die Wissenschaftsfreiheit nicht einschränken dürfen. Über die Veränderung von Promotionsverfahren wird nachzudenken sein. Die von Ihnen vorgeschlagene Unabhängigkeit klingt plausibel, bedarf</p>	<p>a) Wissenschaftlicher Mittelbau ist an den forschungsorientierten Fachhochschulen gezielt zu fördern und auch zur verbesserten Betreuung in den BA/MA Studiengängen einzusetzen. Die selbständige Lehre muss jedoch Dienstaufgabe der Professoren bleiben.</p> <p>b) Hochschulübergreifende Kooperation sind ebenso wie die Entwicklung gemeinsamer Studiengänge in der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes möglichst unbürokratisch zu ermöglichen.</p> <p>c) Promotionsprogramme können im Rahmen von Hochschulkooperationen für ein verbreitetes Angebot und verbesserten Ausbildungs- und Berufschancen beitragen. Eine Institutionalisierung von eigenständigen Promotionsinstituten erscheint dagegen nicht genügend flexibel um den sich än-</p>	<p>a) Die Möglichkeiten der Politik, auf die Verteilung der Stellen in den Hochschulen Einfluss zu nehmen, werden im Rahmen gestiegener Hochschulautonomie geringer. Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen ist in den Hochschulverträgen bis 2009 gesichert. Die Forschungsfähigkeit der Fachhochschulen wird bei einer anstehenden Neufassung der Personalstruktur berücksichtigt.</p> <p>Die Linkspartei.PDS steht zu ihrer Position, FH-AbsolventInnen vereinfacht die Promotion zu ermöglichen. Wir werden in einer Novelle des BerlHG den verfassungsgemäßen Rahmen in diesem Zusammenhang ausschöpfen.</p> <p>b) Den Hochschulen stehen vielfältige Kooperationsmöglichkeiten offen. Die Landespolitik bietet sich gern als Ver-</p>	<p>Zu den großen Errungenschaften der Berliner Hochschulpolitik der letzten zehn Jahre gehört die Einführung des Globalbudgets und die Abkehr von der staatlichen Stellenplanung. Diejenigen Fachhochschulen, die verstärkt im Bereich von Forschung aktiv sind, sollten selbst die Voraussetzungen dafür schaffen, zum Beispiel über ihre Drittmittelprojekte wissenschaftliche MitarbeiterInnen einzustellen, und die Möglichkeiten des Globalbudgets nutzen.</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich seit Jahren dafür aus, dass auch FH-AbsolventInnen nicht von der Promotion ausgeschlossen werden. Die Gesetzeslage in Berlin ist auch so, dass ein Ausschluss von FH-AbsolventInnen durch die universitären Promotionsordnungen nicht zulässig ist.</p>	<p>Die FDP will die finanzielle Grundlage durch eine Verbreiterung verbessern. Die Ausgestaltung und Personalplanung soll in Eigenverantwortung durch die jeweilige Hochschule vorgenommen werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Hochschulen ein genuines Interesse haben werden, ihren Mittelbau zu stärken.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass eine Rechtsformänderung hochschulübergreifende Kooperationen deutlich erleichtern würden. Davon können F&E profitieren.</p> <p>Wir halten die Überlegung, Promotionsprogramme, die nach Zertifizierung durch Agenturen unabhängig von ihrer institutionellen Anbindung angeboten werden sollen, grundsätzlich für eine interessante Konzeption. Ob sich</p>

<p>allerdings einer genaueren – auch und gerade verfassungsrechtlichen – Überprüfung.</p>	<p>dernden Marktnachfragen zu begegnen.</p>	<p>mittler und Anreger von Zusammenarbeit auch quer zu den Hochschularten an.</p>	<p>Durch die Einführung von Bachelor und Master und die damit einhergehende Gleichwertigkeit von BA-Abschlüssen aller Hochschularten wird sich auch diese Situation neu darstellen. Bündnis 90/Die Grünen gehen davon aus, dass zukünftig eine höhere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Hochschularten entstehen kann und begrüßen dies.</p> <p>Darüber hinaus begrüßen wir ausdrücklich einzelne bereits bestehende Programme zur Promotionsförderung von FH-AbsolventInnen wie an der ASFH oder der FHW, und wollen Möglichkeiten prüfen, insbesondere Promotionsprogramme in der Zusammenarbeit von Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu etablieren. Hier sehen wir eine Möglichkeit, auch die Forschung an Fachhochschulen zu stärken und gleichzeitig neue Qualifikationsmöglichkeiten zu schaffen.</p>	<p>dieses Konzept umsetzen lässt müsste überprüft und eine Abwägung der Vor- und Nachteile wäre vorzunehmen.</p>
---	---	---	--	--

6. Bis zum Jahr 2010 soll ein europäischer Hochschulraum im Rahmen des Bologna-Prozesses geschaffen werden. Gleichzeitig beabsichtigt die EU-Kommission, die Mobilität der Studierenden um 30 % zu steigern. Der Hochschullehrerbund sieht dagegen die Gefahr, dass die Mobilität auf Grund der dichten Strukturierung der Bachelor und Masterstudiengänge in Verbindung mit einer hochschulindividuellen Ausgestaltung der Module (Profilbildung der Hochschulen!) die Anrechnung von Studienleistungen erschweren wird und die Mobilität der Studierenden in der Folge abnimmt. Die EU-Kommission wird auch aus diesem Grund so genannte integrierte Studiengänge fördern, die von Hochschulen mehrerer Mitgliedsstaaten gemeinschaftlich betrieben werden.

Welche Chancen sehen Sie für eine Verstärkung der Internationalisierung und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen?

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
<p>Für eine Verstärkung der Internationalisierung sehen wir gute Chancen. Die Befürchtungen, die dichte Strukturierung der Bachelor/Master-Studiengänge könne die Anrechnung von Studienleistungen erschweren oder behindern, teilen wir nicht. Die hochschulindividuelle Ausrichtung wird zumindest mittelfristig eher ein Vorteil sein, da unterschiedliche Schwerpunkte an unterschiedlichen Hochschulen ggf. besser miteinander kombiniert werden können. Wir gehen davon aus, dass die Berliner Fachhochschulen bestens für den internationalen Wettbewerb vorbereitet sind.</p>	<p>Der hohe Internationalisierungsgrad hat den Berliner Hochschulen in der Vergangenheit gute Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet und sollte mit Augenmaß weitergeführt werden. Bedingt durch den Bolognaprozess und die stärkere Zusammenarbeit im erweiterten Europa wird die Mobilität der Studierenden begünstigt und die Entwicklung von integrierten Studiengängen verbessert. Beides ist positiv für die Entwicklung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin.</p>	<p>Die Linkspartei.PDS schätzt ebenfalls ein, dass es in der konkreten Umsetzung entgegen den ursprünglichen Zielen des Bologna-Prozesses zu weniger statt zu mehr Durchlässigkeit kommen kann. Die Linkspartei.PDS versteht die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes jedoch als Chance, Internationalität und größere Offenheit der Berliner Hochschulen zu befördern. Die Stufung der Abschlüsse (Bachelor / Master) sowie die Gliederung der Studiengänge in inhaltlich zusammenhängende, didaktisch sinnvolle Module sehen wir ebenfalls als zu nutzende Möglichkeit an, die Qualität von Hochschulbildung und die Durchlässigkeit des Hochschulwesens zu verbessern.</p> <p>Voraussetzung dafür ist, dass die Reform der Studienstruktur nicht vorrangig unter dem Primat der Kostensenkung stattfindet. Die Linkspartei.PDS strebt an, diesen Prozess durch ein „Berliner Modell“ zu qualifizieren und damit einen Kontrapunkt zum Mainstream wirtschaftsliberaler Hochschulpolitik zu setzen. Dieses Modell sieht vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass jede/r das Recht auf einen Studienplatz im Masterstudiengang hat 	<p>Bündnis 90/Die Grünen sehen gerade durch die Zweistufigkeit die Möglichkeit einer stärkeren internationalen Mobilität – nicht innerhalb eines Studienabschnittes, sondern zwischen den Studienabschnitten. Dringend verbessert werden muss die Praxis der Anerkennung einzelner Studienleistungen. Die Modularisierung sollte dazu führen, dass diese vereinfacht wird. Dabei muss im Vordergrund die Gleichwertigkeit der erbrachten Studienleistungen stehen, nicht die komplette Gleichartigkeit. So kann Mobilität – nicht nur international, sondern insgesamt – gefördert werden.</p> <p>Zur Förderung der internationalen Mobilität von Studierenden braucht es außerdem Wege der Absicherung des Lebensunterhaltes von Studierenden. Eine weitere Stärkung des BAföG statt einer zu befürchtenden sukzessiven Entwertung und/oder Abschaffung wäre daher dringend nötig. Dies ist allerdings eine auf bundespolitischer Ebene anzugehende Frage.</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen begrüßen bi- und trinationale Studiengänge und halten diese für eine gute Möglichkeit, international erfahrene, hoch qualifi-</p>	<p>Fachhochschulen müssen sich international ausrichten, wenn sie attraktiv und wettbewerbsfähig sein sollen. Daher ist die Verstärkung der Internationalisierung nicht nur eine Chance sondern eine zwingende Notwendigkeit.</p>

		<ul style="list-style-type: none"> • dass ein bzw. zwei Semester als Studieneingangsphase gestaltet werden, die den Studierenden die Orientierung oder ggf. Umorientierung an der Hochschule ermöglicht • dass Modularisierung im ursprünglichen Sinne als Mittel der Hochschuldidaktik und der neuen Gestaltung der Studieninhalte für die Studierenden dient und so weniger rigide Studienordnungen nötig sind • dass im Rahmen modularisierter Studiengänge Studierende präziser als bisher an den Forschungsprozess angebunden sind - und zwar ab dem ersten Semester • dass die Hochschulen im Sinne einer wirklichen Berufsqualifizierung bereits im Bachelor flexibel vom starren Verteilungsmodell (3 Jahre BA/ 2 Jahre MA) abweichen können • dass die Durchlässigkeit zwischen Hochschularten (FH/ Uni) und zwischen Studiengängen so groß wie möglich gehalten wird • dass Studienleistungen mindestens im gesamten Berlin/ Brandenburger Raum ohne weitere Prüfung gegenseitig anerkannt werden und Abschottungstendenzen aufgehoben werden 	<p>zierte AbsolventInnen zu bekommen. Allerdings weisen wir daraufhin, dass dies immer nur eine Möglichkeit für wenige Studierende bleiben wird; die Programmstudierenden und vor allem die so genannten free mover werden auch weiterhin eher der ‚Normalfall‘ bleiben. Es gibt verschiedene Wege, internationale Erfahrungen während des Studiums zu sammeln. Gemeinsame Aufgabe von Landes- und Bundespolitik, Hochschulen und Studentenwerk muss sein, alle diese Wege zu fördern und so vielen Studierenden wie möglich zu öffnen.</p>	
--	--	---	---	--

		<ul style="list-style-type: none"> • dass die neuen Studiengänge auch in Teilzeit studierbar sind und so für sozial Schwächere, für Erziehende und für Berufstätige offen bleiben. <p>Dieses „Berliner Modell“ erfordert bei allen Beteiligten ein Umdenken. Deshalb können diese Prozesse nur von allen beteiligten Gruppen in und außerhalb der Hochschulen gemeinsam umgesetzt werden.</p>		
--	--	--	--	--

7. Die Hochschulen erleben Studienanfängerinnen und Studienanfänger in der Regel als leistungsbereit. Allerdings stellen die vielfältigen Zugänge zu den Hochschulen und die unterschiedlichen Kenntnisstände der Studienanfängerinnen und Studienanfänger die Hochschulen vor eine schwere Aufgabe. Sie müssen regelmäßig Kurse zur Vorbereitung auf das Studium anbieten, um Defizite der Schulbildung auszugleichen. Es sind vor allem diese schulischen Defizite, die verantwortlich für das Scheitern im Studium sind. Bedrohlich wird die Situation dadurch, dass einem Absinken des schulischen Niveaus, einer Verkürzung der Schulzeit bis zur Hochschulreife und einer kürzeren Regelstudienzeit (Bachelor) eine Steigerung der Ansprüche der Unternehmen an Wissen und Können der Absolventen gegenübersteht. Die zunehmend höheren Anforderungen an die Qualifikation ihrer akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen ist eine Folge des immer härteren Wettbewerbs in einem globalen Markt. Nur große Unternehmen werden in der Lage sein, die erlangte Berufsfertigkeit von Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen durch innerbetriebliche Ausbildungsprogramme zur vollen Berufsqualifikation auszugleichen. Damit könnten die KMUs die Leidtragenden der beschriebenen Entwicklung im Bildungsbereich sein – mit dramatischen Folgen für ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit im Großraum Berlin.

- a) Werden Sie sich für Mindeststandards schulischer Bildung einsetzen, damit nicht erst die Hochschulen die Studierfähigkeit herstellen müssen?**
- b) Werden Sie die Hochschulen darin unterstützen, bis zum Erreichen einer ausreichenden Studierfähigkeit im Schulsystem das Wissen der Studienanfänger auf ein Niveau zu heben, das für einen erfolgreichen Abschluss des jeweiligen Studiums erforderlich ist?**

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
Es ist und bleibt Aufgabe der Schule, die Studierfähigkeit herzustellen. Im Bereich der Bildungspolitik haben wir in der laufenden Wahlperiode erhebliche Fortschritte erzielt. Mit den eingeleiteten Maßnahmen (zentrale Prüfungen, mittlerer Schulabschluss,	Die Weiterentwicklung der Qualität von Unterricht und Schule ist im Kontext mit PISA durch die vereinbarten Bildungsstandards von der Kultusministerkonferenz erreicht worden. Nun müssen diese als verbindliche Mindeststandards in allen Bundesländern umge-	a) Die Linkspartei.PDS setzt sich seit langem für bundesweite Mindeststandards im Schulbereich ein. Die von der KMK entwickelten Standards sind in den zentralen Prüfungen zum Abitur in Berlin 2006 erstmals eingearbeitet worden.	Bündnis 90/Die Grünen setzen sich seit langem für unabhängig entwickelte und evaluierte Bildungsstandards ein; das ist allerdings zum Beispiel nicht dasselbe wie ein Zentralabitur. Außerdem ist es uns wichtig festzuhalten, dass es in der Verantwortung der Hochschu-	Die FDP spricht sich für die Einführung von Regelstandards als Orientierungshilfe für die Länder aus. Mindeststandards tendieren aufgrund politischer Restraints dazu, den Leistungsstand des schwächsten Gliedes widerzuspiegeln und aufgrund des fehlenden

<p>verkürzte Schulzeit) sind bereits erste Mindeststandards an Berliner Schulen eingeführt worden. Wir wollen diese Standards erhalten und – wo erforderlich – auch ausbauen. Darüber hinaus hat sich die SPD stets für bundeseinheitliche Standards eingesetzt. Wo dies nach der Föderalismusreform noch möglich sein wird, werden wir das auch weiterhin tun. Die Hochschulen werden wir im Rahmen der vertraglichen Bedingungen in ihrem Bemühen unterstützen, dass Wissen der Studierenden anzuheben.</p>	<p>setzt werden. Über die vereinbarten Vergleichsarbeiten und zentralen Prüfungen ist zu erwarten, dass dies sich langfristig auf die Studierfähigkeit der Schulabgänger positiv auswirkt. Den Hochschulen ist jetzt aber schon durch eine verstärkte Studierendenauswahl ein Instrument an die Hand gegeben um die allgemeine Eignung festzustellen. Studierwilligen mit noch unzureichenden Voraussetzungen müssen deshalb innerhalb und außerhalb der Hochschulen genügend geeignete Qualifizierungsmöglichkeiten angeboten werden.</p>	<p>b) Grundsätzlich sind die Hochschulen für die Studierenden da und nicht umgekehrt. Gerade in Berlin, das drei von vier StudienbewerberInnen ablehnen muss, sehen wir die Gefahr der mangelnden Studierfähigkeit der zugelassenen Studierenden nicht als Hauptproblem.</p> <p>Den hohen Abbruchquoten der Universitäten wollen wir mit einer Qualitätsoffensive entgegen treten, die zusammen mit einer Nachjustierung im Rahmen der Bologna-Reformen zu denken ist. Die Fachhochschulen bewältigen diese Reform hervorragend und können auf eine hohe Erfolgsquote verweisen. Wenn Angebot und Qualität der Lehrveranstaltungen sowie Studien- und Prüfungsmodalitäten den Bedingungen der neuen Studiengänge angepasst werden, sehen wir gute Voraussetzungen für eine weitere Steigerung der Absolventenquote an den Berliner Fachhochschulen.</p> <p>Die Linkspartei.PDS begrüßt, dass Hochschulen spezielle Lehrveranstaltungen für diejenigen anbieten, die individuelle Defizite in einzelnen Bereichen ausgleichen wollen.</p>	<p>len liegt, für studierbare Studiengänge zu sorgen. Wir begrüßen, dass viele Hochschulen propädeutische Seminare und/oder Brückenkurse (z.B. für StudienanfängerInnen in ingenieurwissenschaftlichen Fächern, die nur einen Grundkurs in Mathematik besucht haben oder deren Schulbesuch schon einige Jahre zurück liegt) anbieten. Dies sollte als selbstverständlich gesehen werden, da sie ein guter Weg sind, um in die jeweilige Fachdisziplin einzuführen. Überhaupt zeigt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit mangelndem Studienerfolg, dass seltener mangelnde Kenntnisse, die aus der Schulzeit mitgebracht werden, den Studienabbruch verursachen, sondern vor allem Fragen der Betreuung während des Studiums, aber auch eine unpassende Fachwahl, sowie finanzielle Probleme und/oder Schwierigkeiten, zum Beispiel Familie und Studium zu vereinbaren, für einen Studienabbruch verantwortlich sind.</p>	<p>Drucks eine Abwärtsspirale einzuleiten. Tatsächlich ist es ein wesentliches Ziel der FDP, die Leistungsfähigkeit der Schulen zu steigern. Wir wollen die zukünftigen Studierenden besser bei der Wahl ihres Studienfaches beraten und den Hochschulen gleichzeitig die Möglichkeit zur Auswahl der "richtigen" Studierenden einräumen.</p>
---	--	--	--	---

8. Die Studierendenzahlen in Deutschland steigen seit 1999 deutlich. Sie werden 2015 ein Maximum erreichen, das mehr als 50 % über den Zahlen von 1999 liegen wird. Nach 2015 werden die Studierendenzahlen voraussichtlich langsam auf das heutige Niveau zurückgehen. Aufgrund der unterschiedlichen Konzepte der

Bundesländer zur Beteiligung der Studierenden an den Kosten ihres Studiums wird sich die Zunahme der Studierendenzahlen in den einzelnen Bundesländern deutlich unterschiedlich entwickeln. Länder ohne Studiengebühren werden evtl. die Hauptlast der steigenden Studierendenzahlen tragen müssen.

a) Welche Konzepte werden Sie entwickeln, um die Hochschulen in die Lage zu versetzen, die sich klar abzeichnende Überlast zu bewältigen – d.h. die Zahl der Studienplätze für die Jahre bis 2015 zu vergrößern?

b) Werden Sie Studiengebühren einführen? Wie werden Sie die Sozialverträglichkeit sicherstellen? Wie werden Sie sicherstellen, dass die Erlöse den Hochschulen zugute kommen?

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
<p>Siehe Antwort zu 1. Eine Möglichkeit zur Erhöhung der Zahl der Studienplätze sehen wir aufgrund der Haushaltslage derzeit nicht. Es wird deshalb darum gehen, das Finanzierungssystem um die Komponente des Hochschulfinanzungs ausgleichs zu erweitern und das Studienkontenmodell endlich umzusetzen. Studiengebühren halten wir für wenig effektiv und sozial nicht gerecht. Eine Einführung von Gebühren für das Erststudium lehnen wir daher ab. Im übrigen werden wir zukünftig verstärkt auf die Absoventen blicken müssen. Entscheidend wird in Zukunft sein, wie hoch die Quote von erfolgreichen Studierenden ist. Wir haben bereits jetzt erste Entscheidungen getroffen, um diese Quote deutlich zu erhöhen, in dem wir das Betreuungsverhältnis verbessert haben.</p>	<p>a) Die Universitäten brauchen eine rechtlich sichere Planungsgrundlage und einen langfristig kalkulierbaren Finanzierungsrahmen um eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Studienplätzen anzubieten. Langfristig braucht Berlin aber statt derzeit 70.000 mindestens 100.000 ausfinanzierte Studienplätze um seine herausragende Stellung als Wissenschaftsstandort zu erhalten. Die vom Rot-roten-Senat gestrichenen 225 Millionen Euro müssen wieder den Finanzierungskreislauf der Berliner Hochschulen zur Verfügung gestellt werden. Hierfür kann sich neben der verbreiterten Hochschulfinanzierung auch der beabsichtigte Hochschulpakt 2020 eignen. Eine Systemumstellung der Hochschulfinanzierung ist in zwei Bereichen unumgänglich:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Drittmittelwerbung muss auf Grundlage von Vollkostenfinanzierungen erfolgen, damit die Forschungsexzellenz nicht län- 	<p>Die Linkspartei.PDS hält Studiengebühren für einen falschen Weg, um der Unterfinanzierung des Hochschulwesens zu begegnen. Wir meinen, dass gerechte Bildungsfinanzierung nur über ein gerechtes Steuersystem erfolgen kann. Gebühren benachteiligen immer sozial schwächere Schichten und erschweren ihre Teilnahme an akademischer Bildung. Dieses Problem wird durch Stipendien- oder Kredit-systeme bestenfalls gemildert, aber nicht behoben. Zukünftig werden wegen der Veränderung unserer Wirtschaftsstrukturen mehr akademisch Gebildete benötigt und nicht weniger. Außerdem ist es ein wichtiges Ziel der Linkspartei.PDS, soziale Gerechtigkeit auch im Bildungszugang zu sichern. Wir bleiben dabei: Studiengebühren verschärfen die Probleme des Hochschulsystems und lösen sie nicht. Deshalb muss das Verbot im Berliner Hochschulgesetz bestehen bleiben.</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen streben einen Ausbau der Studienplätze in Berlin auf 100.000 innerhalb der kommenden Legislaturperiode an. Hierzu sollen im Rahmen unseres „Jeder 5. Euro mehr in die Bildung“- Programms Mittel aus den zu erwartenden Steuermehreinnahmen ab verwandt werden. Wir erwarten im Übrigen durch die Einführung von Studiengebühren in einzelnen Bundesländern keinen drastischen Anstieg der StudienbewerberInnenzahlen über das ohnehin vorhandene Maß hinaus, da die von Studiengebühren besonders betroffenen Studienberechtigten diejenigen sind, die aufgrund ihrer persönlichen und familiären finanziellen Lage auch am wenigsten die Möglichkeit haben, sich ihren Studienort frei auszuwählen. Darin liegt eine der perfideren Ungerechtigkeiten von Studiengebühren.</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen werden sich nicht an der Einfüh-</p>	<p>Wir werden den Hochschulen den notwendigen Freiraum einräumen, damit diese in die Lage versetzt werden, die Herausforderungen der Zukunft selbstständig und in eigener Verantwortung bewältigen zu können.</p> <p>Den Hochschulen soll ermöglicht werden, Studienentgelte nach eigenem Ermessen zu erheben - zunächst beschränkt auf eine Höhe von maximal 600 € pro Semester. Damit ist garantiert, dass die hierüber eingenommenen Mittel auch bei den Hochschulen verbleiben.</p> <p>Die Sozialverträglichkeit wird über ein umfassendes System aus Darlehen, Fördermittel und Stipendien abgesichert. Zudem sprechen wir uns dafür aus, dass die Studienentgelte auch nach Abschluss des Studiums und nach Eintritt ins Berufsleben sukzessiv zurückgezahlt werden können. Die FDP setzt sich für ein Bildungsgutscheinsystem zwischen den Bundesländern</p>

	<p>ger zu Lasten der Personalausstattung in der Lehre führt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Studienbeiträge der Studierenden müssen als "Drittmittel für die Lehre" eingesetzt werden und die Studienqualität verbessern. <p>Durch die Wiederaufnahme des erfolgreichen Professorenenerneuerungsprogramm, welches 2005 durch die Senatoren Flierl (Linkspartei PDS) und Sarrazin (SPD) gestrichen wurde, kann eine Verjüngung und schnellere Neubesetzung ermöglicht werden. Dies dient zum einem dazu, dass die betreuungsintensiveren BA/MA-Studiengänge ohne Qualitätsverlust in kürzerer Zeit zu Abschlüssen führen und zusätzliche Studienkapazitäten erzeugen. Zum anderen, kann im Vorfeld des Doppelabgangsjahrgangs 2012 das Studienplatzangebot erhöht werden.</p> <p>b) Die Einführung von Studiengebühren ist sinnvoll, wenn sie vollständig den Hochschulen zugute kommen und die Forschungs- und Lehrbedingungen verbessern. Die CDU-Fraktion unterstützt deshalb Gebühren, die sozial verträglich und familiengerecht gestaffelt sind. Aus unserer Sicht genügen die derzeit vorgelegten Stipendien- und Kreditfi-</p>	<p>Berlin hatte Ende der 80er Jahre 115.000 ausfinanzierte Studienplätze. Dies war das Ergebnis der besonderen historischen Situation der Stadt. In Westberlin waren Hochschulen das erklärte Investitionsobjekt einer Satellitenstadt weitgehend ohne Industrie. Im Osten siedelte sich die gesamte hauptstädtische Infrastruktur inklusive einer differenzierten Hochschullandschaft an.</p> <p>Die Zahl der Studienplätze ist bis heute auf gut 80.000 gesunken. Diese teilen sich circa 135.000 Studierende. Trotzdem können die Berliner Hochschulen deutlich weniger aufnehmen als sich für ein Studium in der Hauptstadt bewerben.</p> <p>Es gibt also gute Gründe, das Angebot an Studienplätzen in Berlin wieder deutlich zu erhöhen. Natürlich kann das Haushaltsnotlageland Berlin dies nicht allein finanzieren, zumal hier bereits jetzt deutlich über den eigenen Bedarf ausgebildet wird.</p> <p>Wir wollen deshalb einen Finanzausgleich im Hochschulwesen einführen. Dieses Modell haben wir bereits seit 2001 diskutiert – jetzt ist es auch von SPD-Ministern aufgegriffen worden. Mit der Einführung eines</p>	<p>Studieneingebühren beteiligen – nicht als direkte Gebühren, nicht als Studienkonten, nicht als Langzeit- oder Strafgebühren oder in sonst einem Modell. Nicht nur deswegen, weil solche Gebühren den Hochschulen voraussichtlich anderweitig wieder entzogen werden würden – aus grundsätzlichen Gerechtigkeitsabwägungen halten wir Studiengebühren in all ihren Formen für falsch.</p>	<p>ein. Damit werden auch die anderen Bundesländer an den Kosten der Hochschulausbildung in Berlin beteiligt. Die Studierenden können den Gutschein an einer Hochschule ihrer Wahl einlösen, die den Gutscheinwert vom entsprechenden Bundesland erhält. Gute Hochschulen werden finanziell belohnt, weil mehr Studenten dort studieren und ihren Gutschein einlösen wollen. Berlin als attraktiver Hochschulstandort muss dann nicht mehr allein für die Ausbildung der Hochschulzugangsberechtigten anderer Bundesländer aufkommen. Die Zahl der Studienplätze wird steigen.</p>
--	--	--	---	--

	<p>finanzierungssysteme diesem Anspruch nur unzureichend. Vernünftige bundesweite Lösungen sind bei der ausgeprägten Subventionsmentalität einzelner Länder derzeit nicht in Sicht. Diese Verweigerungshaltung zu überwinden muss prioritäre Aufgaben der Kultusministerkonferenz werden, damit die Mobilität von Studierenden gesichert bleibt. Die Hochschulen müssten in die Lage versetzt werden, sich über Studiengebühren strukturpolitisch und finanziell zu reformieren und die Studienverhältnisse zum Wohle der Studierenden zu verbessern. Dafür werden die notwendigen Vereinbarungen in Zielvereinbarungen der Hochschulverträge geregelt.</p>	<p>Vorteilsausgleichs der Länder nach dem Schweizer Modell könnte die reale Lastenverteilung der Länder bei der Hochschulfinanzierung endlich gerechter gestaltet werden. Wie die Kantone in der Schweiz sollten die Bundesländer für ihre AbiturientInnen die Vollkosten des Hochschulstudiums übernehmen. Damit würden die Hochschulen um die Studierenden konkurrieren, da diese die Finanzierung ihrer Studienplätze mitbringen. Die Länder wären motiviert, gute Hochschulen zu unterhalten und Studierende aus anderen Ländern zu gewinnen. Länder mit Ausbildungskapazitäten über den eigenen Bedarf hinaus (wie Berlin) erlangten endlich eine Chance, Erstattung für ihre erhöhten Aufwendungen zu erhalten. Es versteht sich, dass in einem solchen System Länder ohne Studiengebühren Wettbewerbsvorteile hätten.</p>		
--	---	--	--	--

9. Die Akkreditierung der Bachelor und Masterstudiengänge verlangt ständige Qualitätssicherung durch interne und externe Evaluation von Lehre und Forschung und ist mit einem hohen Aufwand verbunden. Dieser Aufwand geht bisher zu Lasten der Professorinnen und Professoren. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn von vielen Betroffenen dieser Prozess als bürokratisch empfunden und beklagt wird, der zusätzlich zu den schon vielfältig vorhandenen Aufgaben der akademischen Selbstverwaltung erledigt werden muss.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, damit sich die Fachhochschulen und die an ihnen tätigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer wieder auf ihre Kernaufgabe, die Ausbildung von Studierenden für bestimmte Berufe, und den Technologietransfer konzentrieren können?

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
Die Qualitätssicherung ist un-	Die Entwicklung der Curricula	Die Akkreditierung ist ein wich-	Bündnis 90/Die Grünen begrü-	Im Streben nach Exzellenz

<p>abdingbarer Bestandteil der Arbeit an den Hochschulen. Diese Aufgabe muss an den Hochschulen gelöst werden; die Organe der Selbstverwaltung haben für ihre Durchführung zu sorgen. Für die Politik besteht insofern kaum Handlungsspielraum. Wir werden allerdings die Hochschulen bei diesen Aufgaben unterstützen.</p>	<p>ist ohne den institutionellen Fachverstand und die ständige Überprüfung des Lernerfolges nicht denkbar. Folglich gehört die interne Evaluation zur Curricular- und Studiengangentwicklung. Zertifizierte Einrichtungen können ergänzend eine externe Evaluation durchführen.</p>	<p>tiges Instrument zur Qualitätssicherung im größer werdenden europäischen Hochschulraum. Die Linkspartei.PDS verfolgt Überlegungen, den bürokratischen Aufwand dafür in engen Grenzen zu halten. Mittelfristig kann von der Einzelakkreditierung der Studiengänge zugunsten einer Prozessakkreditierung des gesamten Qualitätsmanagement abgesehen werden. Diese würde dann einer Berichtspflicht gegenüber der Senatsverwaltung für Wissenschaft sowie dem Abgeordnetenhaus im Rahmen der Hochschulverträge unterliegen. Der Berliner Vertreter im Akkreditierungsrat wird sich für eine Vereinfachung der Verfahren einsetzen.</p>	<p>ßen, dass mit der durch die Bolognaerklärung angestoßenen Veränderung der Hochschulen in Deutschland auch die Frage der Evaluierung, Qualitätssicherung und Studienreform als Daueraufgabe der Institution Hochschule in den Vordergrund rücken. Die Mitwirkung von HochschullehrerInnen hieran ist für uns selbstverständlich. Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass im Zuge einer grundsätzlichen Personalstrukturreform auch stärker differenziert werden muss, welche Aufgaben originäre Aufgaben in Forschung, Lehre und akademischer Selbstverwaltung sind, und welche Aufgaben klassische Management- oder Verwaltungsaufgaben sind und folglich von ‚Profis‘ in diesem Bereich erledigt werden sollten. So können auch HochschullehrerInnen, aber auch andere WissenschaftlerInnen von eigentlich ihrem Tätigkeitsbereich eher fremden Aufgaben entlastet werden, um sich der alten und der neuen Aufgaben, die ihnen verstärkt zufallen, besser widmen zu können.</p>	<p>und der Schärfung des eigenen Profils in der Darstellung nach Außen ist es im Interesse der Fachhochschulen, dass diese Kernaufgaben wahrgenommen werden. Wir gehen davon aus, dass die Fachhochschulen bei günstiger Rahmensetzung in der Lage sein werden, dies zu gewährleisten.</p>
---	---	--	--	--

10. Das Beamtenrecht soll nur noch hinsichtlich des Statusrechts Bestandteil konkurrierender Gesetzgebung bleiben. Das Laufbahn, Besoldungs- und Versorgungsrecht soll in die Gesetzgebungskompetenz der Länder fallen. Für den Hochschulbereich bedeutet dies, dass die Vergütung der Hochschullehrer in die alleinige Verantwortung des Landes Berlin übergeht. Die W2-Grundvergütung wurde im Vergleich zu den Bezügen nach C2 und C3 (jeweils Endstufe) auf ca. 81 v. H. bzw. 73 v. H. abgesenkt. Sie entspricht damit weder den besonderen Anforderungen an die Professur an einer Fachhochschule, noch den anspruchsvollen Berufsvläufen der Bewerber, zumal die Gewährung von Zulagen in das Ermessen der Hochschulen gestellt wurde und ihnen jede Verbindlichkeit und Kalkulierbarkeit

fehlt. Zudem sind die für Zulagen einsetzbaren finanziellen Mittel an Fachhochschulen sehr gering. Eine amtsangemessene Besoldung muss sich am Bedarf der Fachhochschulen ausrichten. Diese stehen mit Unternehmen im Wettbewerb um qualifizierte Führungskräfte. Die geringe Höhe der Grundvergütungen und der geringe Spielraum für Leistungszulagen haben fatale Auswirkungen auf die Attraktivität der Professuren und damit verbunden auf die Leistungsfähigkeit der Fachhochschulen.

a) Wie wollen Sie die Attraktivität der Professuren an Fachhochschulen auch in Zukunft gewährleisten?

b) Welche Möglichkeiten sehen Sie, den nach C2 Besoldeten eine Perspektive in der Einkommensentwicklung evtl. unter Berücksichtigung der Vertrauensschutzregelungen anderer Bundesländer wie Bayern oder Hessen zu eröffnen?

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
<p>Wir haben die Professorenbesoldungsreform in Berlin umgesetzt. Darüber hinaus sehen wir derzeit keinen unmittelbaren Handlungsbedarf. Die Reform ist grundsätzlich geeignet, die Attraktivität der Professuren zu gewährleisten.</p>	<p>Das starre und im Grundsatz leistungsfeindliche Beamtenrecht zu flexibilisieren und mit Leistungsanreizen zu versehen ist ein längst überfälliges Vorhaben. Schließlich stehen die deutschen Hochschulen mit Hochschulen auf der ganzen Welt im Wettbewerb, die ähnliche Beschränkungen nicht kennen. Den Ländern die Möglichkeit einzuräumen ihren spezifischen Bedingungen durch Anpassungen im Besoldungsrecht Rechnung zu tragen, ist ebenfalls zu begrüßen. Ein Wettlauf um die Anpassung „nach unten“ um vermeintlich Geld zu sparen, darf und wird nicht das Ergebnis sein, ebenso wenig kann die Gleichung „reiche Länder gleich hohe Besoldung - arme Länder gleich niedrige Besoldung“ aufgehen. Mehr Wettbewerb bedeutet mehr Verantwortung aber auch mehr Chancen.</p>	<p>Grundsätzlich kritisiert die Linkspartei.PDS die unterschiedlichen Besoldungseinstufungen von FH- und UniversitätsprofessorInnen. Die W-Besoldung bietet den Hochschulen jedoch die Möglichkeit, im Rahmen ihres Budgets flexibel auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts zu reagieren und gleichzeitig die Unterschiede zwischen FH und Uni in der Attraktivität für qualifiziertes Personal zu verringern. Wir sehen die Anziehungskraft von Professuren an Berliner Fachhochschulen auch unter den Bedingungen der W-Besoldung nicht gefährdet.</p> <p>Es wäre unredlich, im Haushaltsnotlageland Berlin finanzielle Spielräume für höhere Besoldung in Aussicht zu stellen. Die Linkspartei.PDS verfolgt das Ziel, allen an Hochschulen Tätigen eine sichere Perspektive zu bieten.</p>	<p>Die Verfassungsänderung zum Beamtenrecht ergänzt um die absehbare Abschaffung des HRG werden an den Hochschulen zu einem fatalen Wettbewerb führen. Die Schaffung des HRG 1970 war nicht zuletzt eine Antwort auf die verheerenden Auswirkungen des Flickenteppichs von Länderbesoldungen und Personalkategorien. Was damals geschaffen wurde, um die Mobilität zu erhöhen, kann heute nicht ersatzlos abgeschafft werden, ohne die Mobilität zu gefährden. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die Länder untereinander Vereinbarungen treffen, um dem entgegenzuwirken.</p> <p>Gleichzeit muss eine Lösung gefunden werden, um die Kluft zwischen den C-2-besoldeten „AltinhaberInnen“ und den neu berufenen/ angestellten WissenschaftlerInnen innerhalb der Hochschulen zu verringern. Dazu müssen die Hochschulen mehr Freiraum erhal-</p>	<p>Die FDP spricht sich für eine Flexibilisierung der Anstellungsverhältnisse auch an Hochschulen aus. Wir sind der Überzeugung, dass der Beamtenstatus für Hochschullehrer einen immer geringeren Reiz ausüben wird (wie Sie schon richtig anmerkten, sind die Verdienstmöglichkeiten in der Wirtschaft ungleich größer). Daher setzen wir uns langfristig dafür ein, dass die Fachhochschulen Arbeitsverträge, denen Leistungskriterien zugrunde gelegt werden, mit ihren Professorinnen und Professoren abschließen. Insbesondere im internationalen Wettbewerb um Spitzenpersonal ist diese Entwicklung dringend notwendig.</p>

			ten, um an stelle der Unkündbarkeit Anreize setzen zu können, die leistungsfördernd und auf die spezielle Situation abgestellt sind. Grundsätzlich sind wir für eine Personalstrukturreform auch im Wissenschaftsbereich, um die Durchlässigkeit und Mobilität zwischen den einzelnen Wissenschaftsbereichen und Institutionen zu stärken.	
--	--	--	--	--

SPD	CDU	PDS	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
Bert Flemming 07.08.2006	Nicolas Zimmer 28.07.2006	Stefan Liebich 30.06.2006	Dr. Sibyll Klotz, Volker Ratzmann 23. 08. 2006	Erik Schmidt 27.06.2006